

»Den Leuten wird das Geld nachgeworfen«

Bildungspolitik der neuen Bundesregierung bevorzugt einseitig Akademikerkinder.

Ein Gespräch mit Michael Hartmann

Sie sind der Auffassung, daß über Bildungserfolg und Karrierechancen von Jugendlichen hierzulande maßgeblich der Geldbeutel der Eltern entscheidet. Ist die neue Bundesregierung angetreten, das zu ändern?

Nein. Das, was im Koalitionsvertrag zur Bildungspolitik festgehalten ist, sind zum großen Teil blumige Allgemeinplätze, wie man sie schon vom Dresdner Bildungsgipfel vor einem Jahr kennt. Dazu gehört auch die Ankündigung, etwas gegen die soziale Schieflage im Bildungssystem zu unternehmen. Die wenigen Punkte, wo das Programm dann mal konkret wird, weisen allerdings in genau die entgegengesetzte Richtung.

Woran machen Sie das fest?

Die Koalition will die Anzahl der Stipendiaten an den Hochschulen von zwei auf zehn Prozent aller Studierenden erhöhen, wobei ausdrücklich nur die Begabtesten gefördert werden sollen. Alle Studien, die sich bislang mit der Vergabe von Stipendien befaßt haben, sind aber in dem Befund identisch, daß vorrangig Kinder aus Akademikerfamilien in den Genuß einer Förderung gelangen. Kinder sozial schwächerer Herkunft gehen dagegen überwiegend leer aus. Dieses Mißverhältnis mag sich im Falle fünfmal soviel Geförderter vielleicht etwas zugunsten sozial Benachteiligter verschieben. An der Grundrichtung wird sich aber nichts ändern: Fördermittel werden in der Mehrzahl die bekommen, die von Hause aus gar keine Unterstützung bräuchten.

Ist das ein gezielt gesteuerter Prozeß?

Nein, ein eher unbewußt gesteuerter. Diejenigen, die die Auswahl treffen, reagieren mit Sympathie und Wohlwollen auf solche Bewerber, deren Habitus dem ihrigen entspricht. Dabei spielt die Art des Auftretens eine Rolle, die Ausdrucksweise, das äußerliche Erscheinungsbild. Bestes Beispiel ist die Studienstiftung des deutschen Volkes, die heute nahezu die Hälfte aller Stipendien vergibt. Dort sitzen ehemalige Stipendiaten – die zumeist selbst gut bezahlte akademische Positionen bekleiden – in den Auswahlausschüssen. Und weil sie quasi standesgemäß mit ihresgleichen sympathisieren, bleibt die Elite unter sich.

Gilt das für alle Förderwerke?

Nein. Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung fördert sozial ausgewogener, so wie auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit Abstrichen sogar die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU. Sehr exklusiv und elitär fördern dagegen noch die Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP, die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU und das Cusanuswerk der katholischen Kirche,

dessen frühere Geschäftsführerin heute Bundesbildungsministerin ist.

Läßt sich das an der Politik von Annette Schavan (CDU) ablesen?

In ihrer Verantwortung hat sich die Zahl der Stipendiaten bereits verdoppelt. Die lange überfällige BAföG-Erhöhung von 2008 hat sie nur mit großem Widerwillen mitgemacht. Laut Koalitionsvertrag soll das BAföG jetzt de



Michael Hartmann ist Soziologieprofessor an der Technischen Universität Darmstadt und befaßt sich schwerpunktmäßig mit Elitenforschung

facto eingefroren werden. Es werden in den kommenden Jahren voraussichtlich weder die Höchstsätze angehoben noch die Einkommensgrenzen der Eltern angepaßt. Im Ergebnis wird die Zahl der Geförderten zurückgehen und damit das BAföG zugunsten von Stipendien abgebaut. Vollkommen entsetzt hat mich im übrigen das Vorhaben der Koalition, das Büchergeld von 80 Euro, das bisher die Stipendiaten aus wohlhabenden Familien bekamen, auf 300 Euro aufzustocken, was die Mehrzahl der von der Studienstiftung und vom Cusanuswerk Geförderten betrifft. Hier wird das Geld Leuten nachgeworfen, die in keiner Weise bedürftig sind.

Trotzdem behauptet die Regierung, der sozialen Selektion im deutschen Bildungssystem ein Ende bereiten zu wollen ...

Das Gerede von mehr Chancengerechtigkeit, von der »Bildungsrepublik Deutschland«, oder der groß inszenierte Bildungsgipfel – das alles soll doch nur darüber hinwegtäuschen, daß die politisch Verantwortlichen seit Jahren das genaue Gegenteil dessen durchsetzen, was sie versprechen. Nehmen Sie das allseits beklagte Chaos bei der Umstellung auf Bachelor und Master: Die Autonomie der Hochschulen hat zu einem Dickicht unterschiedlichster Studiengänge geführt, und es wäre dringend an der Zeit, daß es wieder so etwas wie bundeseinheitliche Rahmenbedingungen gibt. Aber was macht die Bundesregierung? Sie will das Hochschulrahmengesetz abschaffen.

Interview: Ralf Wurzbacher